

Sehr geehrter Herr Minister Untersteller,

anlässlich des heutigen Artikels in der Schwäbischen Zeitung zum Thema Rose Petroleum und fracking in Oberschwaben fordern wir Sie nachdrücklich auf, keine Erlaubnis zum Aufsuchen von Kohlenwasserstoffen zu erteilen, zu verlängern oder zu übertragen, sondern fracking landesweit zu verbieten. Was in Nordrhein-Westfalen möglich ist, geht bei uns auch! Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und über 30 Bürgermeister haben 2013 eine Resolution gegen fracking zum Schutz unseres Trinkwassers und unserer Thermalquellen unterzeichnet. Außer der FDP, die vermutlich deswegen bei den letzten Wahlen starke Verluste erlitten hat, hat sich hier niemand für fracking ausgesprochen. Alle sind dagegen! Im Grundgesetz Artikel 20a ist der Schutz unserer Lebensgrundlagen für die nachkommenden Generationen verankert und gewährleistet, was fracking absolut ausschließt. In den USA sind ganze Landstriche unbewohnbar gemacht worden und bei der Infoveranstaltung in Ilmensee hat der Vertreter der Firma Parkyn Energy auf die diesbezügliche Frage lächelnd geantwortet „die USA hätten ein viel entspannteres Verhältnis zum Umweltschutz“! Für uns der pure Zynismus!

Von einem grünen Umweltminister erwarten wir, auch im Hinblick auf die anstehenden Wahlen, wo ich auf der Kreistagsliste bei den Grünen antrete, dass er seine ganze Kraft für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft im Sinne des Artikels 20a des Grundgesetzes einsetzt.

Mit freundlichen Grüßen, im Auftrag des Vorstands der Bürgerinitiative Lebenswerter Haistergau,

Helga Andrea Hagenlocher

Verteiler: Regionalverband

Landratsamt

Regierungspräsidium

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

LNV, BUND

Presse, Radio, Fernsehen